

Gemeinderat Mag. Michael Winter
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 23. März 2022

Betreff: Exekutive stärken – 100 weitere Polizei-Plandienststellen für Graz
Dringlicher Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In Graz mehren sich Mord-Delikte wie zum Beispiel der Fall einer 38-jährigen Frau im April 2021, einer 41-jährigen Frau im Februar 2022 die grausam mit einer Schere erstochen wurde, oder auch der Doppelmord mit anschließenden Suizid im Februar, um nur ein paar schmerzliche Beispiele zu nennen. Die Grazer Polizei sieht sich auch mit einer auffälligen Häufung an Gewalttaten konfrontiert, wie zum Beispiel einem Überfall von Jugendlichen an einer Haltestelle in Andritz, einem brutalen Überfall in der Innenstadt auf einen 22-jährigen Mann sowie einem 17-jährigen Radfahrer. Auch ein 36-jähriger Mann wurde an einer Straßenbahnhaltestelle von einem Täter schwer mit einem Messer verletzt (Kleine Zeitung 24.02.2022). All diese Beispiele sind allerdings nur die Spitze des Eisberges.

Ohne Zweifel ist das Thema „Sicherheit“ eine Querschnittsmaterie, die viele unterschiedliche Aspekte und Themenfelder beinhaltet: Soziale Sicherheit, finanzielle Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit und viele andere mehr. Der wesentliche Stützpfeiler für die Aufrechterhaltung von Sicherheit im klassischen Sinn, nämlich von „Law and Order“, ist ohne Zweifel eine (personell) starke Polizei, die im Rahmen des exekutiven Außendienstes in der Öffentlichkeit auch Präsenz zeigt und damit auch ihre generalpräventive Wirkung entfalten kann. Auf Grund der ausgeweiteten Aufgabenbereiche in Kombination mit einem stagnierenden Personalstand ist die Exekutive in der Landeshauptstadt derzeit nur unter äußersten Anstrengungen dazu in der Lage, ihren Aufgaben vollumfänglich nachzukommen. Eine personelle Aufstockung der Polizei in Graz ist daher als dringlich und unumgänglich zu bezeichnen.

Angesichts der seit mittlerweile über zwei Jahren herrschenden Corona-Maßnahmen, aber auch des gegenwärtigen Russland-Ukraine-Konflikts, wird verdeutlicht, dass „Sicherheit“ bzw. die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ein höchst fragiles Gut einer Gesellschaft sind.

Folglich wird die Exekutive vor sich ständig verändernde Herausforderungen gestellt: Zunahme der Internet- bzw. Cyber-Kriminalität, vermehrte Demonstrationsaktivitäten aber auch eine Flüchtlingsbewegung im Zuge des Russland-Ukraine-Konflikts sind nur einige Herausforderungen, die von der Exekutive gegenwärtig zu bewältigen sind. Durch den bedauerlicherweise sich abzeichnenden bzw. bereits erfolgten finanziellen Niedergang einer nicht unwesentlichen Anzahl an Menschen in diesem Land (Corona-Missmanagement der Bundesregierung; Teuerungswelle; wirtschaftliche Folgen des Russland-Ukraine-Konflikts etc.), ist eine deutliche Steigerung der Kriminalitätsrate zu erwarten.

Damit sich die bereits in der Gegenwart sehr angespannte Sicherheitslage in der Mur-Metropole nicht weiter verschlechtert und um für neue Gefährdungspotentiale gerüstet zu sein, müssen mehr

Exekutiv-Beamte im Außendienst eingesetzt werden. Folglich muss die Anzahl der Plandienststellen deutlich erhöht werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bundesregierung bzw. das Innenministerium im Besonderen wird am Petitionswege aufgefordert, als Reaktion auf die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Graz, die Anzahl der polizeilichen Plandienststellen für Exekutivbeamte, die für den exekutiven Außendienst vorgesehen sind, um die Anzahl von 100 schnellstmöglich aufzustocken.